

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER

LINKSOPPOSITION

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassonkonto Nr. 119.471

Redaktion und Administration:
XVL Kirchhatteingasse 19/10.

Preis 15 Groschen

August 1933

7. Jahrgang, Nr. 133

Konjunkturwandel?

Einzelne Staaten zeigen eine gewisse Verbesserung der Produktion, so Japan, Amerika, England, Deutschland, Frankreich. Das hat in der Hauptsache zwei Ursachen. Erstens die Inflation, die nur vorübergehende Wirkung hat, zweitens die verschärften Kriegsrüstungen. Diese werden entweder übergehen zu einer wirklichen Kriegskonjunktur, d. h. zum Krieg, in der Tat suchen die großen kapitalistischen Räuber immer bewußter den Ausweg aus der Krise in einem neuen Weltkrieg. Schieben die imperialistischen Banditen den Krieg hinaus, dann wird auch diese Belebung der Produktion bald vorüber sein — die Krise geht weiter.

Die Weltwirtschaftskrise ist gescheitert. Die SP verkündet, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande sei, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Der Kapitalismus sei fertig. Ein hanöblicher Unsinn. Das Scheitern der Konferenz beweist lediglich, daß die kapitalistischen Staaten sich auf einen gemeinsamen Weg der Krisenüberwindung nicht einigen können. Die kapitalistische Krisenüberwindung ist national nicht mehr möglich, d. h. nicht mehr möglich bloß durch die Ausplünderung der eigenen nationalen Brüder, der heimischen Massen. Selbst eine vorübergehende Krisenüberwindung ist kapitalistisch nur noch möglich international. Das heißt: Nur diejenigen kapitalistischen Staaten können hoffen, die Krise wenigstens für sich für eine gewisse Zeit zu überwinden, wenn es gelingt, nicht nur die Massen des eigenen Landes, sondern auch die Massen anderer Länder bis aufs Blut auszuplündern. Andererfalls gibt's keine Erlösung, sondern nur Kampf, und dieser Kampf ist bereits im Gange.

Roosevelts Programm hat zum Ziel, die Krise für das amerikanische Großkapital zu überwinden. 1. durch Ausplünderung der amerikanischen Massen mittels der Inflation, 2. durch räuberisches Anschreiben der Absatzmärkte anderer Länder vermittelt durch die Inflation außerordentlich gesenkten amerikanischen Warenpreise verbunden mit einer durch den kapitalistischen Staat planmäßig bis auf die Spitze getriebenen Konzentration und Zentralisation der gesamten Produktion. Roosevelts Reformprogramm ist ein kapitalistisches Räuberprogramm von bisher höchster Potenz. Es ist ein Versuch zur Rettung des Kapitalismus, der von den kapitalistischen Methoden so weit entfernt ist wie der Kapitalismus vom Feudalismus, sagt die «A.-Z.» (29. Juli), und damit andeuten will, es seien das schon «genügend» sozialistische Methoden, womit Roosevelt den amerikanischen Kapitalismus zu retten da den amerikanischen Kapitalismus schwindet die SP den Massen als Sozialismus vor! ... Die sozialdemokratischen Lakaien der Bourgeoisie verstehen für Handwerk.

Indem Roosevelts Räuberzug die Absatzmärkte aller anderen Länder verkleinert, führt er zur Verschärfung der Krisis in diesen Ländern, führt er zu verschärften Abwehrmaßnahmen dieser Länder. Diesem sich zwangsläufig steigenden Wirtschaftskrieg muß zwangsläufig der kapitalistische Krieg mit den Waffen folgen — wenn nicht vorher die proletarische Revolution den kapitalistischen Räubern das Handwerk legt. Dazu muß jedoch die Arbeiterschaft rechtzeitig mit SP und Stalinismus fertig geworden sein und ihre proletarische Klassenpartei geschaffen, die proletarische Klasseninternationale gesundet haben!

Rettet Torgler!

Immer jährlicher werden die Beweise, daß der Reichstagsbrand vollkommen bewirkt von der Naziführung gelegt wurde und daß Göring höchstpersönlich die Durchführung geleitet hat. Um so größer wird von Tag zu Tag das Bedürfnis der braunen Mordbrenner, die Schuld von sich zu wälzen, indem sie an Schuldlosen das Todesurteil für die grausige Nazi-Schandtät vollziehen lassen. Als Opfer ausersehen ist der Führer der kommunistischen Reichstagsfraktion Torgler, der bulgarische Kommunistenführer Dimitrow mit noch zwei anderen bulgarischen Genossen. Es geht um das Leben dieser Unschuldigen! Sogar das wird ihnen verweigert, sich Verteidiger zu wählen, zu denen sie Vertrauen haben. **Rettet Torgler! Rettet Dimitrow! Rettet die Unschuldigen!**

Sozialdemokratische „Aktion“

Große Reden auf der Reichskonferenz. Vortreffliche Artikel in der «A.-Z.». Schöne Reden in Versammlungen. Reden, reden, schreiben, schreiben — und wieder reden und reden: Das ist die «Aktion» der SP für ihr Arbeitsbeschaffungs- und Freiheitsprogramm.

Die «A.-Z.» (28. Juli) selbst schreibt, daß die Bourgeoisie von dem Programm nicht einmal Notiz nimmt.

Welche selbstverständliche Schlußfolgerung ergibt sich daraus? Doch die: dann muß eben das «Notiznehmen» herbeigeführt werden durch Schritte zur Verwirklichung des Programmes.

Was unternimmt in dieser Hinsicht die SP? Nichts, gar nichts. Sie will die Massen durch ein schönes Papierprogramm neue Zuversicht einflößen. Das ist alles.

Doch die Massen pfeifen auf papierernen Schwindel; sie sind der Worte satt und heischen von der Sozialdemokratie Schritte zur Durchführung des sozialdemokratischen Programmes.

Allein, der SP geht nur darum, die ganze Arbeiterschaft mit diesem Kampfspiel vertraut zu machen. «Wenn sie es ist, dann wird sie sich die politischen Voraussetzungen, dieses Ziel zu erreichen, erobern», schreibt die «A.-Z.» vom 26. Juli. Das heißt, zuerst her mit dem Parlament, und im Parlament dann, ja dann...

Der SP ist es mit dem Kampf für ihr eigenes Programm überhaupt nicht ernst. Erst im Parlament will sie dann «kämpfen», das heißt schwätzen. Die Wiederherstellung des Parlaments selbst verlangt mehr als schöne Reden und Artikel. Aber auch da will die SP nicht wirklich kämpfen...

Die «A.-Z.» rühmt die sozialdemokratische Arbeitsbeschaffung. Wir haben niemals Gelegenheit, daß die Gemeindefrauen hübsche Bauten und eine nützliche Leistung sind. Aber an der Gesamtheit der Arbeiter, an dem gewaltigen Niedergang des Proletariats, haben sie gar nichts geändert.

«Der Kapitalismus ist fertig», verkündet Straas («A.-Z.», 28. Juli). Der Internationale Gewerkschaftskongreß werde also mit gutem Recht fordern können, daß ein sozialistisches das kapitalistische System zu ersetzen hat; wird vor allem die Planwirtschaft verlangen. Das sozialistische

Trotzki in Frankreich

Ihre eigenen imperialistischen Interessen zwingen die französische Bourgeoisie zu einem «Kampf gegen Hitler». Dieser Konstellation verdanken es die deutschen Emigranten, daß ihnen Frankreich Asyl gibt. So kann ein Münzenberg seinem Verlagsgeschäft in Paris nachgehen, so kann der Stalinsche Landtagsabgeordnete Schwenk in Frankreich Agitation für die IRH treiben und Versammlungen abhalten. Bei diesem Stand der Dinge war eine Verweigerung des Asylrechtes an Trotzki schwer möglich. So ist er nun in Frankreich, was seiner Gesundheit zugute kommen wird, sehr zur Freude aller wirklichen Revolutionäre und aller ehrlichen Arbeiter. Daß die Weißgardisten darüber heulen, ist verständlich. Aber mit ihnen zusammen heulen auch die Stallbürokraten. Litwinow bankettiert im Außenministerium des französischen Imperialis-

System, die Planwirtschaft soll also gefördert und verlangt werden — von wem? Nun, von den Kapitalisten!

Die SP fordert zur Arbeitsbeschaffung kühnstes Handeln («A.-Z.», 26. Juli). Von wem? Von der — Bourgeoisie. Nun, die Bourgeoisie handelt kühn — gegen die Arbeiter. Sie kann es tun, weil die SP statt zu handeln, Phrasen drischt.

«Hätte die Arbeiterklasse die Macht, dieses Programm zu verwirklichen, dann wäre sie durchaus in der Lage, mit starker, sicherer Hand die Arbeiter aus dem Elend der kapitalistischen Krise herauszuführen», schreibt die «A.-Z.» (29. Juli). In der Tat, das ist die Kernfrage.

Es gab eine Zeit, da hatte die Arbeiterklasse sehr viel Macht.

Wohin ist diese Machtfülle gekommen? Wieso ist es zu diesem riesigen Rückschlag gekommen?

Schuld daran ist die Sozialdemokratie! Kampflös-verräterisch hat sie Position um Position der Bourgeoisie preisgegeben. Die Sozialdemokratie hat die Arbeiterklasse in diesen Niedergang geführt. Da sie trotzdem die Arbeiter weiter hinter sich halten will, fabriziert sie nun ein schönes Papierprogramm um das andere — ohne dafür auch nur einen Finger ernstlich zu rühren.

Hier müssen die Arbeiter eingreifen: Nehmt sie beim Wort! Fordert von der Sozialdemokratie Maßnahmen zur Verwirklichung ihres Programmes!

Die proletarische Opposition in der SP muß in Partei und Gewerkschaften konkrete Aktionsmaßnahmen verlangen.

Nicht überspitzte Vorschläge werden der Opposition den Weg zu den übrigen Arbeitern öffnen. Sie muß sie auffordern zu erster Unterstützung der oppositionellen Anträge, die sie in Sektionen, Zählstellen usw. einbringt. Sie muß einen Massendruck entfachen und so die SP-Spitze stellen vor die Alternative: Entweder für die Durchführung des eigenen Programmes zu kämpfen — oder sich vor den Massen zu entlarven und so der proletarischen Opposition den Weg zu eben diesen Massen zu öffnen. Nehmt sie beim Wort! So öffnet ihr den Weg zur Mobilisierung der Massen für Arbeit, Brot, Freiheit, Macht!

Scheinradikalismus

Die Stalin-Bürokratie erklärt das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SP seinem Inhalt nach als Utopie, es sei überhaupt nicht des Kampfes wert. Gewiß, daß Programm enthält große Aufschneiderien, doch die Stalinsche Kritik gibt selbst zu, daß z. B. aus den Mitteln der Anleihe allein 18.000 bis 20.000 Arbeitern eine Jahresbeschäftigung geschaffen werden könnte.

Es ist wahr, die SP ist mitschuldig an jenem Beschluß, der die Verwendung der Anleihe ertragsmäßig für die Abtragung von Bundesschulden an die Nationalbank gebunden hat. «Aber diese Vereinbarung ist in einer Zeit erfolgt, in der die Lage ganz anders war als heute: in einer Zeit, in der der Banknotenlauf in Oesterreich infolge der Stützungsaktionen des Staates für die Banken schnell stieg...», erwidert darauf die «A.-Z.», und sie hat recht.

Erst recht politisch steht die Sache so, daß genügender Massendruck unzweifelhaft die Verwendung der Anleihe zur Arbeitsbeschaffung in großem Stil herbeiführen würde.

Daß die Verwirklichung des Programmes 200.000 Arbeitslosen Arbeit schaffen könnte, ist Uebertreibung, doch sicher ist, daß so einem großen Teil der Arbeitslosen Arbeit beschafft werden würde. Auf die

Verwirklichung

kommt es an. Doch gerade daran denkt die SP nicht einmal im Traum.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Zeltungsstand Straßenbahnhaltestelle Mariahilfer Gürtel-Ecke Mariahilferstraße; Trafik Währingerstraße 188.

Ende des Reformismus

Das Ende des Reformismus ist da! Wer sagt das? Kein Geringerer als — Leutner. An Stelle des Reformismus müsse jetzt treten die radikale Aktionsmethode. Das bedeute, daß die Umwälzung der Produktionsordnung selbst zur unmittelbaren Forderung zu machen ist. Wie radikal? Unmittelbar! Doch mit Verzicht: An wen geht diese Forderung? An die — Bourgeoisie. Die Kapitalisten sollen die sozialistische Umwälzung der Produktion durchführen, so behauptet die sozialdemokratische Abkehr vom Reformismus aus... «Nicht ein hohes Ideal, sondern ein im einzelnen ausgearbeitetes soziales Programm, das als Regierungsprogramm sofort durchgeführt werden könnte, müsse die Sozialdemokratie den Massen anbieten. Damit will die SP den Massen soviel wie der Nase fucheln, die Massen sie wieder in die Regierung haben. Einmal in der Regierung wird dann die SP dieses sozialistische Papierprogramm durchführen — mit der Koalitionspolitik...»

Die SP spricht und schreibt vom «Ende des Reformismus», sie will den Arbeitern vorspiegeln, jetzt betrete sie wirklich die revolutionäre Linie. In Wirklichkeit ist das Ganze ein Schwindel, um die Massen weiter hinter sich zu halten, die alte Verratpolitik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, das ist die Grundlinie des Reformismus weiter fortzusetzen.

Doch wird Leutner noch gewaltig übertrumpft durch die — Weis, Stämpfer & Co. in Prag. Die wollen auf einmal von nichts anderem wissen als von der totalen Revolution, ja von der — Diktatur. Wenn solche elende Verräter anfragen, von Diktatur zu reden, da müssen sich die Arbeiter hundertfach la lacht nehmen. Auf die Frage, was nach Herkommen solle, antworten die Verräter: «Stabilisierung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse durch eine Diktatur mit dem Ziel des freien demokratischen Staates». Wollt ihr wissen, was das heißt? Erinnert euch an das, was Weis verkündet hat: «Wenn das jetzige Regime fällt, darf aber nicht ein bolschewistisches Deutschland dastehen, deshalb muß eine demokratische Organisation bereit sein...» Sie wollen die «demokratische» Diktatur — zur Verhinderung der proletarischen Revolution!

SP-Einheitsfront

Zusammen mit den Christlichsozialen und Landbündlern hat die SP im städtischen Landtag den Kommunisten die Gemeindevorstandsmandate aberkannt.

Lohnraub

Die Gemeinde Wien hat Löhne und Gehälter der städtischen Arbeiter und Angestellten mit einem Ruck um 15 Prozent gesenkt. Die SP setzt den von der Bourgeoisie kommenden Druck einfach weiter in der Richtung des geringsten Widerstandes. Nicht die Spur eines Kampfes, ja nicht einmal eines ernststen Willens, die Massen dagegen zu mobilisieren.

Im Gegenteil: Die SP deutet heute schon an, daß sie auch künftig diesem Kurs Kampffuß nachgeben wird. Die «A.Z.» (28. VII.) spricht offen aus, «daß Wien nicht weiter bauen kann, wenn ihm der Bund noch weiter Geld wegnimmt.»

Das zeigt der Gesamtarbeiterschat, daß die SP auf keinem Gebiete der kapitalistischen Offensive wirksam entgegentritt, sondern sie unter maskierendem Phrasengegeschreib praktisch mitmacht.

Pallawatsch

«Hugenberg davongejagt! Alle Klassen, alle Parteien unter dem Despotismus... Jetzt ist der Faschismus allein der Zwingherr des deutschen Volkes, er jagt alle bürgerlichen Parteien auseinander, er schaltet sich alle Unternehmerverbände gleich und stellt sie unter sein Kommando.» so verkündet die «Arbeiter-Zeitung» am 28. Juni als den Gipfel der sozialdemokratischen Weisheit.

Und siehe da, vier Wochen sind seither vergangen und die «A.Z.» verkündet heute das Gegenteil: «Der Faschismus hat einen schrankenlosen Unternehmerrückgang durch die Arbeit... Der Faschismus ist eine Bewegung, die zur Rettung des Kapitalismus (29. Juli) den Kapitalisten wieder mehr zum Idealbild der Kapitalisten... Hinter Hitler und Goebbels tauchen schon wieder auf die Krupp und Thyssen, die Bankherren und Stahlmagnaten, die der nationalen Revolution die Richtung weisen.»

Eine feine Partei das, die in der grundlegenden Einschätzung des Klassencharakters des Faschismus so grundlegend «irrt», daß sie in vier Wochen den gegenteiligen Standpunkt belegen muß. Doch irrt die SP wirklich? Hat sie sich wirklich korrigiert? Auf dem Papier, ja, doch in der Praxis keineswegs!

Da die Kapitalmagnaten dem Faschismus die Richtung geben, da der Faschismus somit zur blutigen Laka ist der Kapitalmagnaten, so ist die Grundbedingung des wütenden Kampfes gegen den Faschismus der Kampf gegen die Bourgeoisie. Der SP fällt es aber nicht ein, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, sondern nach wie vor ist die Grundlinie ihrer Politik die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie.

Die Opposition in der SP. Oe.

Von oben führenden oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter.

(Schluß.)

Die eine Richtung behauptet, die Führer seien mehr oder weniger «nil geworden», es müßten nur jüngere Genossen kommen an die Stelle der alten und abgekämpften, dann werde es wieder besser gehen. Dieser Ansicht kann man, bei aller Rücksichtnahme auf die Jungen, nur entgegenhalten, daß die Lösung, wie sie wirklich getroffen würde, gar keine Lösung wäre. Denn, ob man an Stelle der Ellenbogen mit 70 Jahren und anderer mehr — der oberste Parteivorstand der Sozialdemokratie ähneln ja wirklich einem Müllenkabinett — die Herren Kuntz, Papanek und Konsorten setzt, eventuell als Draufgabe Frau Käthe Leichter, ist nicht wesentlich; denn es handelt sich ja gar nicht um die Alten oder die Jungen. Entscheidend ist, daß das Hirn der betreffenden revolutionär eingestellt ist. Ein Personenaustausch brächte eine andere Führung, aber das politische Problem bliebe dasselbe. Denn aus diesen Kreisen, und das ist der Kernpunkt, können immer nur die Kleinbürger zur Führung gelangen. Kleinbürger, die, so wie dies in der Sozialdemokratischen Partei ja allgemein üblich ist, mehr oder weniger miteinander verwardet, verschwägert sind, die Inzucht ist in der Sozialdemokratischen Partei ja gang und gäbe. An der politischen Haltung der Partei würde das ja gar nichts ändern.

Andere behaupten — und diese fehlerhafte Auffassung ist heute noch vorherrschend — daß die Führer nur Irren, es gelte, sie wieder auf den richtigen Weg zu führen. Sehr sonderbare Marxisten, die sich durch 14 Jahre ureigenster Politik ununterbrochen «irren», und zwar sogar auch auf dem Boden, den sie wirklich voll und ganz beherrschen, auf dem Boden des Parlamentarismus. Sogar hier hat es sich gezeigt, daß die Irrtümer sehr groß sind, daß diese Partei nicht einmal diesen Kampfbo den auszunützen versteht, was sich nur auf ihre eigenartige Stellung innerhalb der Klassen zurückführen läßt.

Dann sind da solche, die behaupten, man müsse den gesunden Teil der Partei hinterlassen in eine Illegalität, da jetzt nicht mehr viel zu machen sei. Diese sehr poetisch veranlagten «Marxisten» kapitulieren in Wirklichkeit schon im Vorhinein vor ihrem Parteivorstand, damit auch vor der Bourgeoisie, vor dem Faschismus.

Alle diese Gruppen untersuchen überhaupt nicht die klassenmäßige Schichtung des ungeheuren Parteikörpers und verschließen sich damit den Weg zu einer wirklich richtigen Einschätzung, Einstellung. All diese Gruppen verneinen, auf diese oder jene Illusionäre Art den lastenden Druck des Parteiapparates aus der Welt schaffen zu können, vermeiden dabei aber häufig nach jeder Richtung hin die Spaltung der Partei.

Eine vierte Gruppe will unter allen Umständen spalten. Sie verneinen, durch die Errichtung einer sogenannten «österreichischen SAP» der drohenden Gefahr Herr werden zu können, ohne dabei zu bedenken, wie dieses an und für sich schon sehr ungünstige Wort in den Kreisen des Proletariats momentan ablehnend aufgenommen wird.

Gewiß wird früher oder später eine Spaltung eintreten. Die entscheidende Frage ist gar nicht, ob gespalten wird, sondern wer spalten wird und wann.

Die kleinbürgerliche Schicht, die die Partei führt und die Arbeiter darin anführt, die wird spalten, um die revolutionäre Opposition von den Arbeitern zu isolieren und die Arbeiter weiter hinter sich zu halten, um sie für das Kleinbürgertum, für die Bourgeoisie, auszunützen.

Bis eine ganz bestimmte Entwicklung innerhalb des Proletariats vor sich gegangen ist, bis sehr viele Freignisse dem Proletariat gezeigt haben, daß diese Partei kampfunfähig ist und auch nicht mehr auf dem Weg zum Kampfe vorwärtsgetrieben werden kann, erst dann wird der Arbeiter klar erkennen, daß diese Form der politischen Organisation für ihn ungenützt ist und er wird daraus sehr entscheidend seine Schlussfolgerungen ziehen. Diesen Weg geht die proletarische Opposition.

Was vielen Oppositionellen gemeinsam

ist und was hier beleuchtet werden soll, ist ihre ganz besondere Einstellung zur Diktatur des Proletariats. Was den Reformismus im besonderen auszeichnet, ist sein Eintreten für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, aus der dann nach den Grundregeln von Otto Bauer die soziale Demokratie ohne weitere Einwirkung des Proletariats von selber entsteht.

Wenn die Reformisten von ihrer Demokratie reden und schreiben, so verstehen sie in allererster Linie darunter den Parlamentarismus, die parlamentarische Demokratie. Dabei ist der Proletariat Objekt zugunsten weniger, doch nie Subjekt.

Es gibt oppositionelle Genossen, die im Gegensatz dazu momentan, gleich ohne Übergang, die Diktatur des Proletariats predigen und als Allheilmittel der jetzigen politischen Situation verkünden. Sie stellen die Diktatur des Proletariats als ein Abstraktum hin, für das der Proletariat jetzt zu kämpfen hat.

Glücklicherweise haben diese Einstellung ganz wenige und die richtigen Oppositionellen kämpfen ununterbrochen gegen diese falsche Richtung. Denn es muß offen gesagt werden, daß es nicht nützt, sondern dem Proletariat schadet, wenn man vom Opportunismus zum Ultralinktum überspringt.

Für was man unmittelbar einzutreten hat, ist immer wieder die Demokratie, und zwar jene Demokratie, für die der Arbeiter wirklich in den Kampf ziehen wird, und diese Demokratie ist in erster Linie der Kampf um die einfachen Arbeiterrechte: Streikrecht, vollste Koalitionsfreiheit, Presse-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit auf der breitesten Grundlage. Arbeit und Brot usw., das sind die Dinge, die die Arbeiter am dringendsten brauchen, wofür zu kämpfen sie gewonnen werden können. Dieser Kampf geht Hand in Hand mit dem Kampf um die Wiederherstellung des Parlamentarismus, auf diesem Weg die Arbeiter aufmerksam zu machen, zu führen, immer mit der Perspektive der Aufrichtung der Arbeitermacht, das ist die dringende Notwendigkeit. Auf diesem Wege werden die Arbeiter in und durch den Kampf die notwendigen Erfahrungen sammeln, die sie reif machen werden zur Erkämpfung des Hauptzieles.

Ein großer Teil, der weitaus überwiegende der Opposition, steht auf diesem Standpunkt, und das ist praktisch entscheidend.

Wir wollen all dies nicht umsonst aufgezählt haben, sondern um die Richtungen zu einigen, da die Gefahr täglich wächst.

Immer wieder schleichen sich in die Reihen jeder Opposition zum Teil ultralinke und zum Teil auch opportunistische Illusionen ein, die schon im Keime erstickt werden müssen, wenn die Opposition eine große historische Mission erfüllen soll.

Und diese Mission, so unglaublich es erscheint, so bitter dies klingen mag, besteht jetzt darin, die Politik des bisherigen «Laverens» fortzusetzen, ununterbrochen den Proletariatsmassen den Widerspruch in der Sozialdemokratischen Partei aufzuzeigen, den Widerspruch zwischen den proletarischen Interessen und der Politik der Kleinbürger, die zwar wunderliche Lösungen ausgeben, nie aber zu wirklichen Kampfaktionen, die nur auf außerparlamentarischem Boden durchgeführt werden können, schreiten. Die Opposition muß konsequent fordern, drängen, daß die Partei ihre eigenen Lösungen verwirklichte. Sie muß die Sabotage des Kampfes entlarven als den Verrat der gut bezahlten Führerclique und zeigen, daß deren oberste Garnitur nur ein ganz besonders genieteter Teil der kapitalistischen Demokratie ist.

Die kleinbürgerliche Führerclique holt zum Schlag aus gegen die Opposition. Während beispielsweise früher, man kann sagen vor wenigen Wochen, es noch ein besonderer Grundsatz der Sozialdemokratie war: «Aussprechen, was ist», hat sich nach der Aufrollung sehr entscheidender Fragen, beispielsweise der Frage nach der Schuld der Niederlage oder der Frage des berühmten Gemeindegemeindefaschismus, schon gezeigt, daß der Parteivorstand sich durch die bloße Existenz einer Opposition bereits schwer bedrückt fühlt. Und so rückt jener große Theoretiker des Austromaximus aus, um nun zu verkünden, daß man — als alter k. u. k. Oberleutnant dürfte er darin praktische Erfahrung haben — die Opposition in der Er-

mache muß, weil sie die Phrasenpolitik kritisiert und konsequent fordert, daß die Partei ihre eigenen Lösungen auch durchführt, verwirklicht. Der gute Mann setzt sich nach den Fleischlücken der bürgerlichen Demokratie zurück und verwerthet die alte k. u. k. Armee mit einer revolutionären. Er weiß wahrscheinlich nicht, was einem verlotterten und verlotterten Generalstab und seinem Chef geschieht, wenn die Armee endlich einmal erkennt, wie sie ins Unglück und in die Niederlage hineinmündert verliert wurde. In der französischen Revolution schickte man die Niederlagestrategen aus Schafot. Wir werden jedoch keines so komplizierten Apparates bedürfen: dieser Sorte von Strategen, die, um ihre Niederlagestrategie fortzusetzen, einfache Subaltern niedermachen wollen, gebührt der Fußtritt.

Im übrigen wird sich im Lager des Proletariats niemand kränken oder outren über solche Ergüsse wie im Juli-Heft des «Kampf», eine heile Freude wird nur die Bourgeoisie dieses Landes haben, sie wird die Lakaien der «vaterländischen Front» weiter ausnützen.

Die Genossen der Opposition werden sich weder durch solche Artikel noch durch andere davon abhalten lassen, ihre Pflicht zu tun.

Der Prozeß des Druckes auf die Arbeiter, auf die werktätigen Massen in Stadt und Dorf überhaupt, zur Sicherung des Kapitalismus wird fortschreiten. Die Opposition muß das Zeitmaß der geschichtlichen Entwicklung richtig einschätzen. Viele in der Opposition verneinen, mehrere Jahre Zeit zu haben, während es sich in Wirklichkeit um wenige Monate, ja vielleicht sogar Wochen intensiver Arbeitsleistung handelt, um jene notwendige Umstellung im Proletariat durchzuführen, die ihnen den Weg zum Sieg über seine Gegner öffnet.

Selbstverständlich darf man die Kleinbürger nicht abstoßen. Doch während sie heute führen und entscheidend sind, müssen sie zu dem gemacht werden, was ihrer geschichtlichen Stellung entspricht: zu Verbündeten der Arbeiterklasse unter der wirklichen Führung (die bloß auf dem Papier stehende «Führung» ist Schwindel: siehe Linzer Programm) des Proletariats. Auch Karl Marx spricht von der Volksrevolution, doch diese Revolution sieht das Proletariat als Hegemon der gesamten Bewegung.

Durch die Arbeit der Linksoption und aller sonstigen Organisationen des Proletariats, welche auf den Lehren von Marx fußen, sowie auch durch die Maßnahmen des Klassegenegners werden die Proletariat rasch erkennen, wohin sie gehören. Damit wird aber der Boden vorbereitet für die neue Partei, von der Friedrich Engels sagt, «daß sie frei sein wird von einer Massen Bedenklichkeiten und Kleinigkeiten, die jetzt überall die Bewegung hemmen». Diese Aufgabe ist wert der Opfer, die gebracht werden müssen im Interesse der hohen Sache des Proletariats, sie ist die Bindegliedbasis der neuen Partei, die voll und ganz marschieren wird unter dem Banner des Marxismus!

Was ist wahr?

«Sozial kommen die Arbeiter nur vorwärts, wenn die SP auf politische Macht zumutet», schreibt die «A.Z.» (18. Juli). Immer wieder feiere die SP. Wahlsiege, immer wieder hat sie stolz das Annehmen ihrer Mitgliederzahl vor kundat, immer wieder hat sie geschrien, der Vormarsch der SP, sei der Vormarsch der Arbeiter, und auch heute stolziert sie wieder, auf, ja zwei Monaten habe sie in Niederösterreich allein 10.887 Parteimitglieder gewonnen. Also müßte es doch vorwärts gehen — wenn es geht immer weiter rückwärts!

«Sind die Wahlsiege der SP. Lüge? Nein! Sind die riesigen Mitgliederzahlen Lüge? Nein! Aber jede Arbeiterstimme für die SP, jedes Arbeiter Mitglied für die SP, stützt in Wirklichkeit die Bourgeoisie und schwächt das Proletariat, weil die SP in das demokratische Kampfwort: die Kraft der Arbeiter auf dem Wege über die Koalition (Tolerierung), Politik einspart für die Interessen der Bourgeoisie.

«Die Zunahme der politischen Macht der Sozialdemokratie hat die Arbeiter dahin geführt, wo sie heute sind, u. a. m.», so steht es in der Abgrund, in den Faschismus. Der Papierstrategie Politik («Kampf», Seite 280) durch hinter folgenden Worten zu verbergen: «Die gleiche Situation, daß eine unendliche große Partei zeitweilig aufgeführt hat, eine politische Partei zu sein... Gegen die Bourgeoisie ist die SP, am 1. August 1933, der Kraft nur entleert, um die Arbeiter, um ihre Massenaktion zu lähmen.»

Wie kämpfen wir gegen den Krieg?

Der Imperialismus ist eine Entwicklungsstufe des Weltkapitals. Der Kapitalismus ist, nach jahrzehntelanger Vorbereitung, schließlich an einem Punkt angelangt, wo eine kleine Gruppe ungeheurer reicher Länder — es sind ihrer nicht mehr als vier: England, Frankreich, Deutschland und Amerika — so ungeheure Reichtümer, die sich auf Hunderte von Milliarden belaufen, in sich selbst eine solche Macht in den Händen der Großbanken und Großkapitalisten konzentriert hat — ein halbes Dutzend höchstens in jedem dieser Länder —, eine so ungeheure Macht, daß sie die ganze Welt umspannen, den ganzen Erdball in territorialen, in kolonialen Sinne herbstlich aufteilen konnte. In allen Ländern der Erde kugeln stießen die Kolonien dieser Mächte aneinander. Diese Staaten haben auch ökonomisch die Welt unter sich aufgeteilt, denn es gibt kein Stückchen Erde auf dem Erdball, wo die Konzessionen, die Pächter des Finanzkapitals nicht eingedrungen wären. Hier liegen die Grundlagen der Annexionen. Die Annexionen sind nichts Ausgeklügeltes, sie sind nicht darum entstanden, weil die Menschen aus Freundschaft der Freiheit plötzlich zu Reaktionsären geworden sind. Die Annexionen sind nichts anderes als der politische Ausdruck und die politische Form jener Herrschaft der Riesenbanken, die sich aus dem Kapitalismus unvermeidlich, und nicht durch irgendwelchen Schuld, ergeben hat, denn die Aktien sind die Grundlage der Banken, die Anhängerschaft der Aktien aber ist die Grundlage des Imperialismus. Die Großbanken, die durch hunderte Milliarden von Kapital die ganze Welt beherrschen, die ganze Industriezweige durch die Verbände der Kapitalisten und Monopolisten vereinigen, das ist der Imperialismus, der die ganze Welt in drei Gruppen ungeheurer reicher Räuber gespalten hat!

Wenn ihr euch also über das Wesen der Dinge klar werdet, das jeder unterdrückte Mensch instinktiv fühlt, das die überlegene Mehrheit der russischen Arbeiter und Bauern instinktiv erkennt, wenn ihr euch darüber klar werdet, so werdet ihr begreifen, wie lächerlich der Gedanke eines Kampfes gegen den Krieg mit Worten, Manifesten, Proklamationen, sozialistischen Kongressen ist.

Lenin in seiner Rede über den Krieg, 22. Juni 1917.

Im Weltmaßstab: Wirksamer Kampf gegen den Krieg hat zur Grundvoraussetzung die Pöden der internationalen proletarischen Politik. Die Stalinisten (Antikriegspunkte) bewegen sich aber auf der Linie des «Aufbaues» des Sozialismus in einem Lande, das heißt auf dem Boden einer rein nationalen Politik, sind also grundsätzlich ein untaugliches Mittel

des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Sie stärken ganz und gar nicht die Position des proletarischen Staates, dessen bedingungslose Verteidigung die Pflicht ist aller Arbeiter. Im Gegenteil: indem diese «Antikriegspunkte», «Freundschaftspunkte», die Illusion unter den Arbeitern hervorrufen — und diese Illusion wird planmäßig durch die Sozialdemokratie verstärkt —, als ob die Sowjetrepublik stärken, als ob sie ein wirksamer Wall seien gegen die imperialistische Kriegsgefahr, schwächen sie die Sowjetmacht. Nur auf einer Grundlage der internationalen proletarischen Revolution kann die Sowjetmacht eine den proletarischen Staat, das Weltproletariat stärkende Außenpolitik treiben. Auf dem Boden der Stalinisten, dieser rein nationalstaatlich eingestellten Politik ist dies absolut unmöglich. Die wirksame Verteidigung des proletarischen Staates macht die Bekämpfung, die Überwindung des Stalinismus zur gebieterischen Notwendigkeit.

„Nie wieder Krieg“

Nur der Krieg gegen den Faschismus verhindert das Versinken der Menschheit in blutige Barbarei, schreibt die «A.-Z.» in ihrem heutigen Kriegsgedankartikel (30. Juli). Sehr richtig! Doch wie führt die SP diesen Krieg? Auf dem Papier, mit dem Maul. Dagegen sabotiert, lähmt, verhindert sie die Mobilisierung der Massen, die Massenaktion, das einzige Mittel des wirksamen Kampfes gegen den Faschismus. Wer sich nicht durch Phrasen täuschen läßt, sieht, daß die SP gegen Faschismus, Kapitalismus keinen Krieg führt, also auch nicht den Krieg gegen den Krieg. Im Gegenteil: die Zusammenarbeit mit denselben Kapitalisten, die den Krieg bereits unmittelbar vorbereiten, ist das höchste Ziel aller sozialdemokratischen Politik. So wie im ersten Weltkrieg, so steht die SP auch heute auf dem Boden des Landes, der «Landesverteidigung», auf dem Boden der Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes, also auf demselben Boden wie die Kapitalisten. So wie sie im ersten Weltkrieg, so wird die SP auch im kommenden Krieg praktisch und faktisch den Kapitalisten helfen gegen die Massen, gegen die Arbeiter. Das «Nie wieder Krieg!» ist die Schwendelose, womit die SP die Massen weiter hinter sich gängeln will, um sie dann wieder der kapitalistischen Schlichtbank auszuliefern. Ohne grundsätzlichen Bruch mit jeder Form von Koalitionspolitik gibt es keinen Kampf gegen den Krieg. Wirklicher Kampf gegen den Krieg setzt voraus wirklichen Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Bourgeoisie, also konsequentes proletarisches Klassenkampf.

„Sozialistische Freiheitsaktion“

sells die Voraussetzung ist der Liquidierung der verräterischen Sozialdemokratie. Das aber ist nur möglich mit Hilfe und unter Führung der Linksoption, unter dem Banner des Marxismus-Leninismus, mit dem Ziel der Schaffung der neuen wirkliche KPD!

Marx über die SP

Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zur kleinbürgerlichen Demokratie ist dies: sie geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt; sie tritt ihnen gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst einsetzen wollen. Die demokratischen Kleinbürger, weit entfernt, für die revolutionären Proletarier die ganze Gesellschaft umwälzen zu wollen, erstreben eine Änderung der gesellschaftlichen Zustände, wodurch ihnen die bestehende Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird. . . . Was die Arbeiter angeht, so steht vor allem fest, daß die Lohnarbeiter bleiben sollen, wie bisher, nur wünschen die demokratischen Kleinbürger den Arbeitern besseren Lohn und eine gesicherte Existenz und hoffen, dies durch teilweises Beschäftigung von Seiten des Staates und durch Wohlfühlmaßregeln zu erreichen; kurz: sie hoffen die Arbeiter durch mehr oder minder versteckte Almosen zu bestehen und ihre revolutionäre Kraft durch momentane Ertrüglösmachung ihrer Lage zu brechen. . . . Diese Forderungen können der Partei des Proletariats aber keineswegs genügen. . . . Im gegenwärtigen Augenblick, wo die demokratischen Kleinbürger überall unterdrückt sind, predigen sie dem Proletariat im allgemeinen Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, die alle Schattierungen in der demokratischen Partei umfaßt. . . . Eine solche Vereinigung würde allein zu ihrem Vorteil und ganz zum Nachteil des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganz selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen

Als ob nichts geschehen wäre! Als ob nicht alle Organisationen, alle proletarischen Positionen zerlegten, als ob nicht der größte Teil der Klassenbewußten Elemente ermordet, in den Konzentrationslagern vertrieben wäre! Während die durch die Katastrophe riesig geschwächten, zerstückelten Klassenbewußten Elemente vor der Aufgabe stehen, überhaupt erst wieder die Voraussetzungen (Klarheit über die Ursachen der Niederlage, feste Kadern und Verbindungen) zu schaffen für planmäßige, organisierte, bewußte Massenaktion unter tausendfach erschwerten Bedingungen, kreischen die Bankrotteure, die zusammen mit der SP die Schuld an der Katastrophe haben: Streik, Massenstreik, Generalstreik, Massenunruhen, Weich wahlrechtlich verbrochene Hochverratsdelikt. Die erste Vorbedingung, um den Weg zur Massenaktion wieder zu eröffnen, ist, den Arbeitern die volle Wahrheit zu sagen über die wahren Ursachen der Niederlage. Doch gerade darüber sucht die Stalin-Burekratie die Arbeiter irrezuführen. Auf dem Boden der Kapitulation vor dem Faschismus stehen, hat die Stalin-Burekratie erklärt, Hitler werde nach abwirtschaften. Hitler möge nur ran an die Macht, das sei der rascheste Weg — zum Kommunismus! Nach Hitler komme die proletarische Diktatur! Dieselbe Stalin-Burekratie, die damals offen auf dem Boden des «Abwirtschaftens» des Faschismus stand und heute praktisch auf demselben Boden steht — kein Arbeiter darf sich darüber durch ihr «radikales» Geschrei täuschen lassen — diese Stalin-Burekratie tritt jetzt, als ob nichts geschehen wäre, mit der alten Einheitsfront, jetzt nennt sie es sozialistische Freiheitsaktion, vor die Arbeiter, Freiheit, das brauchen die Arbeiter, das ist wahr. Doch die Grundvoraussetzung, um dazu zu kommen, ist die unerföhlliche Abrechnung mit dem Stalinismus.

Soll die deutsche Arbeiterklasse sich nun wieder denselben Bankrotteuren anvertrauen? Kann sie überhaupt aus diesem Abgrund kommen unter Führung einer Politik, die genau dieselbe ist wie die, die in diese Katastrophe geführt hat? Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu erkennen, daß das unmöglich ist. Die sozialistische Freiheitsaktion setzt voraus die Liquidierung des Stalinismus, die über-

Demokratie herabsinken. Diese Vereinigung muß also auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. . . . Für den Fall eines Kampfes gegen einen gemeinsamen Gegner braucht es keiner besonderen Vereinigung. Sobald ein solcher Gegner direkt zu bekämpfen ist, fallen die Interessen beider Parteien für den Moment zusammen, und wie bisher wird sich auch in Zukunft diese nur für den Augenblick berechnete Verbindung von selbst herstellen. . . . Während des Kampfes und nach dem Kampf müssen die Arbeiter neben den Forderungen der bürgerlichen Demokraten ihre eigenen Forderungen bei jeder Gelegenheit aufstellen. Sie

müssen Garantien für die Arbeiter verlangen, sobald die demokratischen Bürger sich anschieken, die Regierung in die Hand zu nehmen. Sie müssen sich diese Garantien nötigenfalls erzwingen und überhaupt dafür sorgen, daß die neuen Regierer sich zu allen nur möglichen Konzessionen und Versprechungen verpflichten — das sicherste Mittel, sie zu kompromittieren. Sie müssen überhaupt den Siegesrausch und die Begeisterung für den neuen Zustand. . . . in jeder Weise durch ruhige und kalthütige Auffassung der Zustände und durch unverbrochenes Mißtrauen gegen die neue Regierung so sehr wie möglich zurückhalten. . . .

Die unkluge Sozialdemokratie und die klugen Max & Moritze

«Der Austromarxismus hat den 15. Juli niemals begriffen, wie er überhaupt allem, was außerhalb des Parlaments geschieht, durchaus verständnislos gegenübersteht. Am Abend des 15. Juli — es waren ja nicht einmal 100 Proletarier erschossen worden — hat Otto Bauer dem Prälaten Selpel die Koalition an: Die Geschichte kennt keinen zweiten Fall, in dem ein Parteiführer sich solcher Selbstvergewertung und einer so vollkommenen Ahnungslosigkeit schuldig gemacht hätte. Und die Sozialdemokratie ist selber nicht klüger geworden. . . . Es ist ein Unglück der Arbeiter, daß die Sozialdemokratie, die sich in ihrer Theorie zum Klassenkampf bekennt, noch immer nicht weiß, wieviel es geschlagen hat. . . . Sie (die Sozialdemokratie) ahnt nicht, daß ihre Politik des tatelosen Abwartens, falls die Arbeiter sich nicht stören, Dinge heraufbeschwören muß, neben denen die Geschehnisse des 15. Juli 1927 nur als ein Kinderspiel erscheinen können.»

Aber die Sozialdemokratie ist ahnungslos, verständnislos, sie weiß nicht, wieviel es geschlagen hat, sie ist — unklug. Darum das Unglück der Arbeiter. Woraus sich für die Arbeiter der Schluß ergibt: Hätte die Sozialdemokratie Ahnung, Verständnis, wüßte sie, wieviel es geschlagen hat, wäre sie klug, das wäre der Weg zur Wendung, das wäre der Weg zum Glück für die Arbeiter. Es kommt also jetzt alles darauf an, der Sozialdemokratie beizubringen, wieviel es geschlagen hat, Verständnis beizubringen, mit einem Wort, die Sozialdemokratie klug zu machen.

Gibt diese politische Weisheit etwa die proletarische Opposition in der SP von sich? Zu ihrer Ehre sei es gesagt, daß sie derartige Auffassungen nicht vertritt und niemals vertreten hat, obwohl sie bei ihren allerersten Schritten wahrhaftig das Recht gehabt hätte, diese allererste Stufe der proletarischen Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie zu passieren. Selbst ein Max Adler, der millionenfach entfernt, von einer proletarisch-revolutionären Opposition, hat nichts zu tun mit dieser lächerlichen Auffassung von der Ahnungslosigkeit, Verständnislosigkeit, Unklugheit der Sozialdemokratie.

Wer also verzapft diesen politischen Wechsel von Unsinn und Opportunismus? Nun, wer anders als die Max & Moritze, diese ewige erste linksoppositionelle Gruppierung in Österreich (siehe «Unser Wort» Nr. 9 in der Rubrik «Aus Österreich» den Artikel «Zum 15. Juli», Seite 2, 1. und 2. Spalte).

Gerade das Gegenteil dieser Auffassung ist wahr, und das den Arbeitern aufzulegen, ist Aufgabe der Linksoption: Die SP ist nicht unklug, im Gegenteil, sie ist klug, sogar sehr klug. Aber sie ist eine kleinbürgerliche Partei, sie ist daher kleinbürgerlich klugheit. Nicht in der «Unklugheit», sondern in dem kleinbürgerlichen Klassencharakter der SP, der die große Masse der Arbeiterschaft durch die Schuld des Stalinismus noch immer folgt, liegt die Wurzel des Unglücks der Arbeiterklasse, die Wurzel der Lähmung der proletarischen Klassenkraft. Weil sie eine kleinbürgerliche Partei ist, die sich auf Arbeitermassen stützt und diese ausnützt, weil sie eine kleinbürgerliche Partei ist, deren höchstes Ziel in Wirklichkeit die Zusammenarbeit (Koalition) mit den Kapitalisten ist, in den Widersprüchen dieses ihres kleinbürgerlichen Charakters liegt die Grundursache, warum der die SP führende demokratische Teil des Kleinbürgertums, obwohl er die faschistische Gefahr auch für sich vollkommen klar erkennt, nicht instande ist, aus sich selbst heraus über politisches Wortgeplänke hinaus sich gegen den Faschismus zur Massenaktion zu erheben. Durch ihren kleinbürgerlichen Charakter klassenmäßig in die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse verstrickt, stößt die SP bei jedem Anlauf, den Faschismus bei den Hörnern zu packen, auf die Kapitalistenklasse, die sich des faschistischen Stiers bedient. Doch gegen die Kapitalistenklasse will die SP nicht kämpfen, mit der will sie ja die Koalition! Sie kann nicht heraus aus ihrer kleinbürgerlichen Haut, da rum bleibt sie passiv und sucht durch Wortgeplänke die Arbeiter darüber zu täuschen und — sich selbst (siehe darüber Näheres in unserer Artikelserie «Klarheit über die Sozialdemokratie!» in den Nummern 126, 127 und 128 der «Arbeiterstimme»).

Nur eine einzige Kraft vermag die SP in Bewegung zu setzen. Dieselbe Kraft, die sie vor die Alternative stellt: entweder den Weg des Kampfes wirklich betreten — oder die Arbeiterschaft schwächen von der SP, also von der

Bourgeoisie, ab nach links. Der Stalinismus hat diese Kraft politisch und moralisch zerstört, er hatte ihr insbesondere das unangenehm notwendige Instrument der Leninschen Einheitsfrontpolitik durch den Schwund der ersten Einheitsfront aus der Hand geschlagen. Doch eine neue Kraft ist im Entstehen im Leibe der SP selbst: die proletarische Opposition in der SP. Es der proletarischen Opposition in der SP zu erleichtern, sich in ihrer proletarischen Rolle möglichst rasch einzufinden, ist eine Hauptaufgabe der Linksoption. Dazu aber muß sie gerade das beweisen, wie alle «Unklugheit», «Fehler», «Versäumnisse» folgen sind des kleinbürgerlichen Charakters der SP. Wie der Grundfehler der SP gerade darin besteht, daß sie nicht eine Arbeiterpartei, schon gar nicht die Arbeiterpartei ist, sondern eine demokratisch-kleinbürgerliche Partei, die die Arbeitermassen hinter sich schleppt und für kleinbürgerliche Zwecke ausnützt, sie an den Weg der Bourgeoisie zertend. Nur unter dem Druck der faktisch richtig operierenden proletarischen Opposition wird die SP den Weg des Kampfes betreten, immer in der Absicht, dem demokratischen Teil des Kleinbürgertums die Gefolgschaft der Arbeitermassen zu erhalten und dennoch den proletarischen Kampf immer wieder zu sabotieren. Durch ständige Steigerung des Massenereckes muß dann die proletarische Opposition die SP weiter auf dem Weg des Kampfes festhalten und vorziehen. Es ist dieser Prozeß, in dem die proletarische Opposition bei richtiger Taktik die Arbeiter von der kleinbürgerlichen Linie losbringt, die die proletarische Klassenlinie überleitet und dadurch die wichtigste Vorbedingung verwickelt für die Schaffung der wahren proletarischen Klassenpartei.

Erst jüngst hat die «erste ernste Linksoptionelle Gruppierung in Österreich» die SP als «die proletarische Partei», als «die Partei der Arbeiterklasse» bezeichnet (siehe «Unser Wort», Nr. 8, Seite 3, und dazu unseren Artikel «Linke Rechte» in Nr. 132). Wer die SP als «die proletarische Partei», als «die Partei der Arbeiterklasse» ansieht, der muß die Quelle ihres Bankrotts suchen in der «Ahnungslosigkeit, Verständnislosigkeit, Unklugheit der Sozialdemokratie». Eines folgt aus dem anderen. Hier handelt es sich nicht um eine frische Formulierung, sondern um eine Einstellungsfrage. Aber um eine Einstellung, die nichts zu tun hat mit dem Kommunismus, um eine Einstellung, die die Entwicklung der proletarischen Opposition in der SP erschwert, um eine Einstellung, die der Sozialdemokratie nützt, um eine Einstellung, die objektiv ist eine Brücke zur Sozialdemokratie, mit einem Wort um eine rechte rechte Einstellung. Die «klugen» Maxen & Moritze mit ihrer Theorie von der «unklugen» Sozialdemokratie entpuppen sich als waschechte Rechte, die die gegebene Konjunktur ausnützend, sich in ein «linkes» Gewand stecken, um ihre Rechtspolitik vorwärts zu bringen.

Da behandeln die Max & Moritze an einer Stelle: «Die (die SP) weiß noch immer nicht, wieviel es geschlagen hat, wird es nie wissen». Ersteres steckte, so müßte zum Zeitpunkt der politischen Untersuchung gemacht werden gerade diese Frage: Warum weiß die SP nicht, warum wird sie es nie wissen, wieviel es geschlagen hat? Diese Frage wird nicht einmal gestellt, geschweige denn beantwortet, es handelt sich also nur um eine hingeworfene Floskel ohne politische Bedeutung.

Nach deutlicher als der Artikel «Zum 15. Juli» liefert aber der sonstige Inhalt der Rubrik «Aus Österreich» den politischen Beweis, daß die Arbeiter, Polzer & Co ihre jahrelange Rechtsoption heute unter dem Namen einer «proletarischen Sektion der IL» fortsetzen. Getreu dem alten Grundsatz der österreichischen Arbeiter, jener Schwanzpolitik, haben sie immer das, was geschoben ist, in nachhinken den Peulleitens mit der lauen Sozialdemokratie eines politischen Geplänkels übergeben. In Nr. 9 haben sie zu ihrer Abrechnung ein viel einfacheres Verfahren eingeschlagen: sie nahmen zur aktuellen Lage überhaupt nicht Stellung. Da hagen täglich neue Ereignisse auf die Arbeiterschaft nieder. Die Arbeiter fragen, was sollen wir tun? Die sozialdemokratischen Oppositionellen prüfen, was sollen wir tun? Oppositionellen tun? Auf diese auf die Arbeiterschaft, auf die proletarische Opposition in der SP täglich immer stärker eindringenden Fragen möglichst klare, möglichst konkrete

Wichtige Antwort zu geben, gerade darin besteht eine der Hauptaufgaben der L.O. Die erste ernste linksoppositionelle Gruppierung in Österreich erfüllt diese Rolle, indem sie zu den brunnendsten Fragen der österreichischen Politik — s ch w e i g t. Statt dessen bringt sie rückschauend politische Feuilletons, die noch

dazu in der Grundfrage des Verhältnisses zur SP grundfalsch sind. Wieso kommen aber diese rechten «Linken» in das Blatt der deutschen Linksoption, in «Unser Wort»? Wir werden im Interesse der Sache immer wieder politisch konkret auf diesen Widerspruch hinweisen; ent-

weder wird so die notwendige politische Korrektur herbeigeführt werden oder — es wird so ein neuer untrüglicher Beweis geliefert sein, daß die Methode der Auslese nicht nach politischen, nicht nach sachlichen Gesichtspunkten betrieben wird, sondern nach «anderen»...

Gegen die Scheinopposition!

Die Umstellung der sozialdemokratischen Arbeiter von der sozialdemokratischen Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie auf die Linie der konsequent proletarischen Klassenpolitik, auf die Linie, auf der allein sie erfolgreich, stetig gegen den Kapitalismus kämpfen kann, ist eine Frage der ganzen proletarischen Klasse. Diese Hauptaufgabe stellt sich die proletarische Opposition in der SP. Darum sind alle Fragen der proletarischen Opposition in der SP Klassenfragen. Weil sich die proletarische Opposition in der SP diese Grundaufgabe stellt, mußte sie sich trennen von denjenigen, die unter dem Schein einer Opposition gegen die SP-Politik in Wirklichkeit den kleinbürgerlichen Einfluß der SP auf die Arbeiter konservieren, verlängern wollen. Prüfen wir das

politische Gesicht der Scheinopposition.
Ihre Grundeinstellung ist die Kapitulation vor dem Faschismus. Sie verblüht das jetzt hinter vorsichtigen Worten, sie spricht jetzt nur mehr davon, «man müsse mit allen Eventualitäten rechnen»... Man könne nichts machen, weder außerhalb noch innerhalb der Partei, so lange man nicht die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter hinter sich habe... Diese Mehrheit werde die Opposition gewinnen; denn sobald einmal die Faschisten an der Macht seien, werde die Opposition von selbst die Macht in der Partei bekommen, weil die alten Führer dann im Ausland sein würden. Aufgabe der Opposition sei es, den Apparat der Partei zu erobern. Der Parteiapparat werde von selbst in die Hände der Opposition fallen, denn nach dem Siege des Faschismus würden die alten Führer im Ausland sein. Die SP sei keine kleinbürgerliche Partei mit proletarischem Massenanhang, sondern eine proletarische Partei mit kleinbürgerlichem Kern (daß dieser kleinbürgerliche Kern alle Stellen von Einfluß fest in der Hand hat, darüber schweigt diese Opposition). Die SP könne im proletarischen Sinne reformiert werden. Die Opposition müsse so operieren, daß sie erst ausgeschlossen werden könnte, bis sie die Mehrheit der Arbeiter hinter sich habe, sie aber einmal die Arbeitermehrheit hinter sich, dann könne sie nicht mehr ausgeschlossen werden, dann werde sie die Partei reformieren. Aber das Umstellen der Arbeiter sei schwer, sehr schwer, das brauche lange, sehr lange Zeit...

Das sind die wichtigsten politischen Auffassungen dieser Opposition, soweit sie bisher sichtbar sind. Zum Stalinismus hat sie dieselbe Einstellung wie Bauer & Co. In der Frage der Demokratie erklärt sie, «überhaupt nicht mehr für die Demokratie zu kämpfen, sondern nur mehr für die proletarische Diktatur. In der Praxis jedoch rührt sie keinen Finger, weder für die Demokratie, noch für die proletarische Diktatur. Ultralinker Menschewismus in Reinkultur. Gerade so wie es die bankrotten Bauer & Co. brauchen: eine Opposition mit oppositionellen Gesten, die den vielen enttäuschten, unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeitern den Schein einer Opposition vorspiegeln soll, um sie hinter sich und damit — hinter den Bauer & Co., hinter der SP festzuhalten.*)

*) Um das instinktive Mißtrauen der oppositionellen Arbeiter zu überwinden, kommt die Scheinopposition nach dem Muster der Weis, Stumpler & Co. auf einmal mit den radikalsten Lösungen. Ein aufgelegter Schwind der Wirklichkeit ist reiner Wortradikalismus, der in die Wirklichkeit Hand in Hand geht mit vollständigster politischer Passivität. Nicht einen Finger rührt die Scheinopposition, um die SP zum Kampf für deren eigene Lösungen zu verhalten. In keiner Weise tritt sie prinzipiell auf gegen Koalitionen, Tolerierungspolitik. Und faktisch etzt sie auf dem Boden der Kapitulation vor dem Faschismus. Sie macht politisch dem SP-Verrat die Mauer und wucht darüber die Arbeiter durch Wortradikalismus zu täuschen. Arbeiter, fällt auf den Schwindeln nicht herein!

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

13. und 20. August Badesaufzug Zinkbach. Wenn nicht Badewetter, so Treffpunkt halb 2 Uhr Straßenbahnstation hinter der Floridsdorfer Brücke und von dort aus Partei nach Vereinbarung.

Die politischen Auffassungen der Scheinopposition sind Gift für das Proletariat. Die «Arbeiter-Stimme» hat das im einzelnen nachgewiesen (siehe die Nummern 126/127/128 sowie 130/131/132). Das wahre Programm der Scheinopposition besteht darin, die wirkliche, die proletarische Opposition zu zersetzen und so die SP vor dem vollständigen Bankrott innerhalb der Arbeitermassen zu retten, dem demokratischen Kleinbürgertum weiter seine verräterische Führung der Arbeitermassen zu sichern. Ihrer Wirkung nach ist die Scheinopposition ein Werkzeug der Bourgeoisie, sie läßt den Kampf gegen den Faschismus, sie hilft der SP der faschistischen Diktatur den Weg zu ebnen.

Soll die proletarische Sache nicht schwersten Schaden leiden, so muß diesem Oppositionsschwindel der Weg in die Arbeiterschaft abgeschnitten werden. Man muß die ganze Frage offen und klar vor die Arbeiterschaft stellen, damit sie sieht, welche raffinierte Intrigue da gesponnen wird von der sozialdemokratischen Bureaucratie, von dem Kleinbürgertum, das die SP führt gegen die Arbeiterschaft. Es sind Fraktionsorgane der Bauer & Co., die die Scheinopposition organisieren und raffiniert immer weitere Leute der Bauer-Fraktion in die Spitze der Opposition vorschleichen, damit der Hebel der Scheinopposition ja nur fest in der Hand der Bauer & Co. sei.

Unser Wort gilt den sozialdemokratischen Arbeitern. 15 Jahre schon werdet ihr mit Phrasen betrogen, an der Nase gezogen. Damit es anders werde, müßt ihr Arbeiter selbst endlich euer Schicksal in die eigene, in die Arbeiterhand nehmen! Dazu ist als erster Schritt nötig: Glaub nicht blind! Niemandem! Prüft selbst, prüft an der Hand der großen Tatsachen, die ihr erlebt, und zieht daraus die unumgänglichen Schlußfolgerungen. Mit einer Scheinopposition ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Nichts kann die Sache der Arbeiter so schädigen, als der bloße Schein einer Opposition, die dem sozialdemokratischen Verrat an den Arbeitern, statt ihn zu liquidieren, die Mauer macht.

Arbeiter, laßt keine Scheinopposition aufkommen, laßt euch nicht betrügen, wendet euch der proletarischen Opposition zu, prüft sie, stützt sie, kämpft mit ihr!

Unser Wort gilt der proletarischen Opposition. Wir wissen, daß leider auch sie in der Illusion gefangen ist, als sei eine proletarische Reform der SP möglich. Sie wird sich überzeugen, daß das unhaltbar ist, daß sie sich zum Ziel setzen muß, die Arbeiter von der SP zu lösen, um sie von der Bourgeoisie zu lösen. Sie wird sich überzeugen, daß sie hinarbeiten muß auf die Schaffung der wirklichen proletarischen Klassenpartei. Die Erfahrung am eigenen Leib wird das den proletarischen Oppositionellen beibringen, darum ist uns nicht bang. Manche ehrlich proletarische Oppositionelle schwanken ob der Spaltung in der Opposition. Dieser Bruch war unvermeidlich, diese Spaltung war unumgänglich notwendig, es ist gut, daß sie noch halbwegs rechtzeitig vollzogen wurde.

Es gibt Spaltungen, die Verrat sind. Indem das sozialdemokratische Kleinbürgertum durch das Instrument der SP auf dem Wege der Koalitionspolitik die Arbeiterschaft an den Wagen des kapitalistischen Klassenfeindes spannt, spaltet es die Arbeiterklasse. Diese Spaltung ist Verrat. Die sozialdemokratischen Arbeiter aus der verräterischen Umklammerung zu lösen, abzuspalten, ist das Gegenteil von Verrat, ist die Liquidierung des Verrates, ist Freilegung der Bahn für die proletarische Revolution.

Können proletarische Oppositionelle, die die Kapitulation vor dem Faschismus als schwersten Verrat an der Arbeiterschaft bekämpfen, mit Scheinoppositionellen, die faktisch auf die Kapitulation vor dem Faschismus eingestellt sind, an einem Strang stehen? Was könnte dabei anderes herauskommen, als daß alle Anstrengungen der proletarischen Oppositionellen hoffnungslos zerlegt worden durch die Gegenanstrengungen der Kapitulationspekulanten! Hier gibt es kein Schwanken! Der Strich, der zwil-

schlen proletarischer Opposition und Scheinopposition gezogen wurde, dieser Strich muß von allen sozialdemokratischen Arbeitern, denen es ernst ist um die proletarische Opposition, klar und hart doppelt unterstrichen werden, unüberbrückbar, unwiderruflich. Es gibt keine Gemeinschaft zwischen proletarischen Kämpfern und Kapitulant. Schluß mit der Scheinopposition! Stärkt die proletarische Opposition, vorwärts, zusammen mit ihr in den Kampf für die proletarische Klassenlinie!

Blütenlese

Von den etzeglücklichen neuen Slegen des Sozialismus in der Sowjetunion schreibt Bela Kun («Rundschau», Seite 767). Wer darüber Näheres hören will, wie diese «Siege des Sozialismus» in einem Lande ausschauen, der soll sich die Mühe nicht verbieten lassen, einige der vielen Arbeiter darüber zu befragen, die jetzt so zahlreich aus Rußland zurückkehren... Kun weiß vom Oberbohren Stalin wohl. Er spricht wahrhaftig vom proletarischen Internationalismus im Zeichen von Marx, Engels, Lenin und — Stalin. Internationalismus betätigt durch Bankrott in China, durch Katastrophe in Deutschland, durch das die Gefahr immer höher steigende Fünfjahrplan-Chaos in Rußland. Wahrhaftig, man wäre versucht, diesen Witz des «proletarischen Internationalismus» Stalinscher Marke verteuert schau zu nennen, wenn die heutige Zeche, die das Proletariat dafür zu zahlen hat, nicht so riesenhalt wäre, bei wachsender Gefahr, daß sie noch größer wird...

Der «Sozialfaschismus» apukt weiter. Siehe den «berühmten» (so nennen ihn jetzt dieselben bürgerlichen Blätter, die ihn früher den «richtigsten» nannten, so zufrieden ist die Bourgeoisie mit dem Stalinismus) Radek, der auf Seite 768 der «Rundschau» vom «Sozialfaschismus» schreibt, als wäre in den letzten vier Monaten in Deutschland ganz und gar nichts geschehen... Auf Seite 780 meckert Hocket von «Sozialfaschisten, von der «Sozialdemokratie, der sozialen Hauptstütze der Kapitaladiktatur».

Mord, Hungertod gegen Sozialfaschismus

Verjagung des letzten führenden Marxisten Keine Weichheit, niemals können marxistische Bonzen bekehrt werden! Alle Marxisten kommen auf die Liste der Gehetzten, keiner von ihnen darf mehr Arbeit bekommen!

Nach der vielschigen Ermordung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Stellung, des sozialdemokratischen Gewerkschaftsangehörigen Schmaus, des sozialdemokratischen Reichsbannerführers Effen, dieser Hungertod, der vor allem gegen die sozialdemokratischen Bureaucraten gerichtet ist. Gewiß, gegen die Kommunisten wird noch viel mörderischer, grausamer, gemeiner vorgegangen. Aber schonungslos wütet die faschistische Bestie auch gegen die sozialdemokratischen Bureaucraten. Lange vor der Katastrophe hat die Linksoption immer wieder vorausgesagt, der Faschismus werde schonungslos niederschlagen, morden, ganz gleich, ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, er werde auch seinen Konkurrenten nicht verschonen, die sozialdemokratischen Bureaucraten. Das ist heute blutige Wirklichkeit. Die sozialdemokratische Bureaucratie wiegte sich in dem Glauben, sie würde verschont werden. Dieser Wahn ist blutig zerstört. Die Stalin-Bureaucratie aber verpakt die Theorie von «Sozialfaschismus», die SP sei der Zwillingbruder, der Verbündete des Faschismus, der nationalfaschistische Bruder werde den sozialfaschistischen Bruder wohl kratzen, doch er werde ihnen eine materielle Existenz lassen, ihr Leben nicht antasten, sondern sie im Gegenteil als aktive Organe eingliedern. Blutig enttellen täglich immer neue Tatsachen des verbrecherischen Blödsinn des Stalinischen «Sozialfaschismus», aber die Stalin & Co. predigen, wie wenn nichts geschehen wäre, weiter den «Sozialfaschismus»;... Arbeiter! Rechnet ab mit dem Stalinischen «Sozialfaschismus», rechnet ab mit dem Stalinismus!

SP über Rußland

Die «AZ» hat einen wahrheitsgetreuen Bericht über die Lage der russischen Arbeiter in Aussicht gestellt samt Darstellung der Richtung, der Tendenz, in welcher sich die Lage der russischen Arbeiter bewegt. Da die «AZ» jedoch in Wirklichkeit kein Wort darüber gebracht hat, werden wir in der nächsten Nummer gerade darüber entscheidende Tatsachen berichten, die die Arbeiterfeldlichkeit des Stalinismus aufzeigen.

Skrypnik

Wie wenn nichts geschehen wäre, brachte die ganze Stalinpresse die Nachricht vom Selbstmord Skrypniks. Er sei ein Opfer der (ukrainischen) bürgerlich-nationalistischen Elemente geworden, die unter dem Deckmantel der formellen Parteizugehörigkeit sein Vertrauen erworben und seinen Namen für ihre antisowjetischen nationalistischen Ziele benützten. In diese Verbindung verstrickt habe er eine Reihe politischer Fehler begangen und als er dies einsehen, nicht den Mut gefunden, sie zu überwinden, sondern zum Selbstmord gegriffen. So schreibt die ganze stalinische Lügenpresse. Die Wahrheit ist anders.

Skrypnik ist einer der alten Bolschewiken. Er war stellvertretender Vorsitzender des Komitees der Volkskommissäre der Sowjetunion, Mitglied des ZK und vor allem er war einer der Intimsten Stalins, er gehörte zum engsten Kreis der Stalinfraktion und deren gemeinsamer Fraktionsleitung an. Die zentralistische Politik Stalin führt und muß führen fort und fort zu immer neuen schweren Schlägen für die proletarische Sache. Um die Schuld daran immer wieder von sich zu wälzen, ist daher Stalin gezwungen, immer wieder Sündenböcke zu suchen. Ein solcher Sündenbock ist auch Skrypnik. Daß Stalin den Sündenbock nun schon nehmen muß aus seinem allerengsten Kreis, das ist das Bezeichnende an diesem Fall. Er signalisiert, wie einsam es bereits um den Usurpator Stalin ist und daß es mit ihm zu Ende geht.

Köder

Unser Parteiapparat ist überaltert, jüngere Kräfte an Stelle der überalterten, das ist nach dem Papierfeldherrn Pollak Hauptgebot («Kampf», Seite 280). Damit das noch zuträglich werde, läßt die SP durch den gefinkelten Danneberg im Gemeinderat rufen: «Anstellung junger Kräfte! Die möglichste rasche Anpassung der Personalstände an die wirklichen Bedürfnisse der Verwaltung, der Betriebe und den Unternehmungen soll Gelegenheit geben, daß in Bildung junge Leute bei der Gemeinde in der Verwaltung, im Betrieb und Unternehmungen Aufnahme finden können. Mit Speck längt man Mäuse. Wenn des Specks genügend wäre, könnte die SP in der Tat hoffen, trotz ihres fortgesetzten Verrates die Massen weiter hinter sich zu schleppen.

Schau, schau!

Monate hindurch kreischte die Stalin-Bureaucratie: das deutsche Proletariat, die KPD, ist ungeschlagen! Keine Rede vom Siege des Faschismus! Wer dem Tatsachen entgegenhielt, wurde als «Konterrevolutionär» ausgeschlossen. Nun schreibt die bankrotte deutsche Stalinbureaucratie in einem Flugblatt: «Der Faschismus ist Sieger von heute... Bezeichnend, daß jetzt auch die bankrotte SP, vom «vorübergehenden» Sieg des Faschismus schreibt («AZ», 29. Juli). Diese Uebereinstimmung ist kein Zufall; beide Bankrotteure suchen ihren Verrat vergessen zu machen und sich so den Weg freizulegen, auf dem Rücken des Proletariats wieder hoch zu kommen.

Winstler

«Ich kann dem Gemeinderat nur die Bitte unterbreiten, mitzuhaben, daß der Bund nicht noch mehr auf die Gemeinde drücke» so wendet die SP durch Speiser die Bourgeoisie an. Dieses Gewinsel nennt die SP «Kampf». Die Kapitalistenklasse gibt ihrem winselnden Lakaien durch die christsoziale Gemeinderätin Motzky darauf zur Antwort die Anknüpfung des Staatskommisars für das Rathaus. Kein Winstler hilft, kein Warmen, Jammer, Flennen, nur das hilft, was allein die Bourgeoisie «eyntet», aber gerade das sabotiert, verhindert die SP.

Jeden Freitag Sitzung der Fraktion revolutionärer Bauarbeiter (Linksoption) im bekannten Lokal.

ZEICHNET PRESSFONDS!

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur im Auftrag der Linksoption: Johann Babnik, Wien, XVII, Liebhartsplatz 30/31. — Druck: «Lava», Wien VI, Lechnerfeldstraße 1.